

unsere Organisation nicht als Berufsvertretung für die in Frage kommenden Personen an und lehnten jede Verhandlung mit uns ab. Erleichtert würde ihnen dieses Vorgehen durch die Haltung des Verbandes der Buch- und Steinbruckerarbeitskräfte, welcher unsere Berufsgenossen als für sich zuständig erklärte und ohne unser Wissen und unsere Zustimmung mit den Unternehmern Lohnvereinbarungen traf, die sich weit unter den Sätzen der Buchbinder bewegten. Bei allen Verträgen unsererseits, mit den Unternehmern zu Verhandlungen zu kommen, stützten sich diese auf die betreffenden Abmachungen, welche eingehalten sie sich als verpflichtet hielten. Dabei waren natürlich die niedrigen Löhne und sonstigen Bestimmungen des Vertrages zu diesem Verhalten. Viele Streitigkeiten mußten deshalb mit dem Hilfsarbeiterverband ausgetragen werden. Insbesondere war es dessen Gewerkschaft, der sich jeder Verhandlung entgegenstellte und es selbst den Unternehmern gegenüber zum Ausdruck brachte, daß er mit uns über die Angelegenheit nicht verhandeln wolle. Die Unternehmer müßten natürlich diesen Widerstand zu ihrem Vorteil aus und den Schaden hatten unsere Kollegen und Kolleginnen zu tragen, die weder nicht so stark organisiert waren, um andere Schritte zu unternehmen. Die Unternehmer versuchten unsere Mitglieder zu veranlassen, in dem Hilfsarbeiterverband überzutreten und machten Forderungen von dieser Bedingung abhängig, hatten aber damit keinen Erfolg. Endlich waffte sich unsere Kollegenschaft auf und verlangte von den Unternehmern, sich mit uns an den Verhandlungen zu beteiligen, was zur Folge hatte, daß die Unternehmer ihren Beschluß, mit uns nicht zu verhandeln, aufhoben. Am 28. Januar fanden dann die ersten Verhandlungen statt, in welcher uns die Unternehmer Kenntnis von einer Anregung des Hilfsarbeiterverbandes gaben, das Tarifamt der Steinbrucker zur Entscheidung über die Frage anzurufen, welche Organisation für die in Frage kommenden Personen zuständig ist. Es wurde einstweilen eine Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse mit uns getroffen, die sich auf die Vereinbarungen mit den Hilfsarbeitern stützte. Da nun das Tarifamt der Steinbrucker Bedenken gegen eine solche Entscheidung infolge seiner Nichtzuständigkeit geltend machte, fanden am 11. März erneute Verhandlungen mit den Unternehmern statt. Bei diesen Verhandlungen erklärten diese ihr Einverständnis zu einem Tarifabschluß mit uns, jedoch sollte nur ein Teil unserer Berufsgenossen davon betroffen werden, während der andere Teil nach den Bestimmungen des Hilfsarbeitertarifs entschuldigt werden sollte. Darauf konnte unsererseits nicht eingegangen werden, vielmehr forderten wir Einführung des Reichstarifabschlusses. Dieses wurde von den Unternehmern mit dem Hinweis, daß dies nur zeitlich gesehen könnte, abgelehnt. Schließlich wurde vereinbart, die Zulagen, welche die Hilfsarbeiter jetzt erhalten, auch sofort unseren Berufsgenossen zu gewähren, weiter sollten wir sofort unsere weitergehenden Forderungen einreichen, über die dann sofort nach dem Abschluß mit den Hilfsarbeitern verhandelt werden soll. In diese Ausführungen des Kollegen Thalheim schloß sich in der Versammlung eine längere Diskussion, in der allgemein zum Ausdruck kam, alles anzubieten, um endlich auch in der Luxuspapierbranche zu geregelten Verhältnissen zu kommen. Insbesondere gelte es, sich noch fester um die Organisation zu scharren, um allen Stimmen gewappnet gegenüberstehen zu können. Die Versammlung wählte eine Kommission, welche die Ausarbeitung der Forderungen sofort vornahm. Außerdem wurde noch eine Brandenburgerkommission bestimmt, die die Verhandlungen mit den Unternehmern zu führen hat. Die Versammlung war die erste große in der Luxuspapierbranche, hoffen wir, daß sie ihre Früchte trägt.

Mannheim. Unsere Bahnhalle hat wieder eine Lohnbewegung hinter sich. Die Abschaffung des Berliner Schiedspruchs durch die Arbeitgeber im Buchdruckgewerbe veranlaßte die hiesigen Buchbinder zum Einreichen örtlicher Forderungen. Unsere Kollegenschaft stellte dieselben Forderungen für die männlichen Mitglieder, für die weiblichen wurde eine Erhöhung des Stundenlohnes um 1 Mk. verlangt. Da die Buchbinder es ablehnten, mit uns gemeinsam die Forderungen zu vertreten und jenseitig in dem Streik traten, beschloßen unsere Vertrauensleute, während des Buchdruckerstreiks in den Betrieben zu bleiben. Die Hilfsarbeiter schlossen sich unserer Haltung an. Schon während des Streiks der Buchdrucker wurde uns die Forderung gemacht, daß wir dieselben Forderungen erhalten wie die Buchdrucker. Unsere Kollegenschaft hätte am Kampf teilgenommen, nachdem man uns das aber abgelehnt hatte, war für uns keine Veranlassung dazu mehr gegeben. Und so fiel uns die von den Buchdruckern durch einen sechs-tägigen Streik erzielte Forderungszulage kampflos an. Diefelbe beträgt ab 1. März pro Woche 35 Mk., ab 15. März pro Woche 40 Mk., ab 1. April pro Woche

50 Mk. Ledige je 6 Mk. weniger. Die seitherige Zulage kommt nicht in Anrechnung. Der Mindestlohn beträgt nun ab 1. April für Ledige 192 Mk., für Verheiratete 200 Mk. Die Forderungszulagen für die Arbeiterinnen wurden durch Verhandlungen wie folgt vereinbart: Gebürte Buchbinderarbeitsrinnen erhalten ab 1. März 19,25 Mk., ab 15. März 22 Mk., ab 1. April 27,50 Mk. Zulage. Die übrigen ab 1. März 17,50 Mk., ab 15. März 20 Mk., ab 1. April 25 Mk.

In der außerordentlichen Mitgliederversammlung vom 22. März wurden diese Abmachungen gutgeheißen. Der Lohnbeitrag beträgt ab 1. April für männliche Mitglieder 60 Pf., für weibliche 30 Pf. Das graphische Parteil wird demnächst auch hier in Wirksamkeit treten, nachdem nun auch die Buchdrucker für dessen Gründung gestimmt haben.

München. In Nr. 12 des „Allg. Anz. f. Buchbinderwesen“ erklärt die Münchener Buchbinder-Zinnung, daß sie den Vier-Städte-Tarif nicht anerkennt; ja, noch mehr, sie hat seit 1914 überhaupt keinen Tarif mehr abgeschlossen. Wir bestätigen diese Meldung, müssen jedoch hinzufügen, daß wenn auch ein Tarif unterschrieben wäre, er doch von vielen Innungsmeistern nicht gehalten würde. Aber eines sei bemerkt, ein großer Teil der Innungsmeister beschäftigt überhaupt keine Gehilfen und gerade diese schreien am meisten über die unverschämten Forderungen der Arbeiter.

In der gleichen Nummer der betreffenden Zeitung ist zu lesen, daß durch die fortgesetzte Steigerung der Löhne — und schon wieder sehen neue Forderungen in Aussicht — die Münchener Meister gezwungen sind, 800 Proz. Zuschlag auf ihre Preise zu verlangen. Erst wird also festgestellt, daß überhaupt keine Tarife anerkannt werden und nachher wird das Gegenteil behauptet. Einem Teil der kleineren Geschäfte und Meister sei zu ihrer Ehre bestätigt, daß sie den Tarif zahlen, weil sie sonst keine Gehilfen bekommen würden. Daß es leider noch einige unorganisierte und Christliche gibt, auf die wir keinen Einfluß haben, die für 60 und 70 Mk. arbeiten, ist bedauerlich.

Wir sind der Anschauung, daß eine Korporation, die ein Gewerbe beiben will, auch dafür sorgen soll, daß die Arbeiter menschenwürdig bezahlt werden. Es wäre in erster Linie Aufgabe der Innungsleitung, dafür zu sorgen, daß ihre Mitglieder auch ihre Tarife einhalten. Wenn schlechte Bezahler, lange Arbeitszeit und Lehrlingszuchterei einen Verzug haben würden, dann müßte die Buchbinderei ein glänzendes Geschäft sein. Andere Beweise beweisen das Gegenteil.

Wie es mit der Aus... bildung der Lehrlinge bestellt ist, zeigt folgendes Beispiel: Ein Lehrling, der bei Obermeister Loh 3 1/2 Jahre in die Geheimnisse der Buchbinderei eingeweiht wurde, gab, als er gefragt wurde, ob er schon einen Fallstranzband gemacht habe, zur Antwort, so etwas habe er noch nicht gesehen. Wenn das schon am grünen Holz geschieht — ? Bei jeder Forderung kann man aber dann doch hören, die Gehilfen können nichts und verdienen nichts. Wir bekennen uns für dieses Gehältnis der Innungsleitung und werden es im gegebenen Augenblick für uns verwerten. Denn nicht die Innung allein bestimmt über das Wohl und Wehe der Arbeiter, sondern auch andere Faktoren haben noch mitzureden.

Nürnberg-Würth. Es hat sich bei uns ein Mißstand eingeschlichen, den wir nicht tiefer eingehen lassen dürfen. Vor dem Jahre 1904 war es in den hiesigen Kunsthandwerkern Brauch, daß die Buchbinder und Buchbindereiarbeiterinnen 3/4 Stunden arbeiteten gegenüber den Steinbruckern, die 9 Stunden arbeiteten. Diesen Mißstand haben damals unsere Kollegen und Kolleginnen als eine Vertiefung in die zweite Klasse der Arbeiterschaft an. Jahrelange Kämpfe führten endlich zu dem Resultat, daß die Arbeitszeit in diesen Anstalten für alle Arbeiter gleichmäßig geregelt wurde. Rund fünfzehn Jahre nur hat dieser Zustand gedauert. Um so mehr war ich im Dezember überrascht, als ich nach fünfjähriger Kriensarbeit wieder in eine solche Anstalt kam, daß dieser alte Mißstand sich wieder eingeschlichen hatte. Wir müssen also wieder pro Woche eine Stunde länger arbeiten als die übrigen Arbeiter dieser Anstalten. Jetzt haben wir nicht mal mehr die Hilfsarbeiter in Gesellschaft. Ich will nun hier nicht untersuchen, wer die Schuld trägt, daß es wieder so weit gekommen ist. Wir in unserem Betriebe müssen 2. B. an vier Tagen in der Woche je eine Viertelstunde länger arbeiten als unsere anderen Mitarbeiter. Dies ist doch so kleinlich, daß ein großzügig angelegter Unternehmer von sich heraus auf diese Mehrleistung verzichten müßte. Dem ist aber nicht so. Der Unternehmer besteht auf dieser 48. Stunde wie Schilod auf seinem Schein, obwohl er selbst das Unnütze dieses Zustandes einseht. Der Betriebsrat, der vorklagte wird, wird abgewiesen mit der Bemerkung, dies sei Sache der Verbände. Er

zeigt uns also selbst den Weg, den wir zu gehen haben. Ich glaube, es braucht nicht mehr viel der Worte, um zu sagen, daß dieser Mißstand aus der Welt geschafft werden muß. Ich denke, unsere Vertrauensleute und Vertrauensleute haben sich auf die Socken zu machen, um Verhandlungen herbeizuführen, die diesem Mißstand abhelfen. Es dürfte nicht allzu schwer werden, wieder die gleiche Arbeitszeit in unseren Anstalten zu bekommen.

Reutlingen. Zu gleicher Zeit mit den an den Verband der Buchbindereibesitzer gestellten Anträgen auf Bewährung neuer Forderungszulagen hatte die Bezirksleitung auch an die in Frage kommenden württembergischen Probvingunternehmer dieselben Anträge gestellt, wie sie an den Verband der Buchbindereibesitzer gerichtet waren. Wir wurden zunächst verstimmt mit dem Hinweis, daß das Ergebnis der Verhandlungen in Reipzig erst abgewartet werden mußte. Auch nachdem dieses Ergebnis bekannt war, kam es zu Verhandlungen zunächst nicht, weil die Firma Enßlin u. Laiblin ihre ganze Hoffnung auf den neu gegründeten Reichsverband für Buchbinderwesen, dem sie beigetreten war, gesetzt hatte. Nach mehreren vergeblichen Versuchen der Arbeiterschaft zu einer Einigung zu kommen, wurde die Arbeit am 11. März einmütig niedergelegt. Nun endlich erkannte die Firma den Ernst der Situation und ließ sich zu Verhandlungen herbei. Diese führten am 18. März unter Mitwirkung des Bezirksleiters Gemminger-Stuttgart zu einer Verständigung. Es wurde vereinbart, daß ab 19. Februar auf die bestehenden Löhne einschließlich der Forderungszulage 17 1/2 Proz. und auf die bestehenden Werkstoffe einschließlich aller Forderungszulagen 12 1/2 Proz. erhöht wird. Diese Zulage wird auch für die Streikwoche bezahlt, bezogen nach dem Lohnergebnis der vorangegangenen Woche.

Ebenso einmütig wie die Arbeiterschaft am 11. März die Arbeit niedergelegt hatte, nahm sie dieselbe am 19. März wieder auf. Sie hat durch ihr entschlossenes Vorgehen der Firma gezeigt, daß man mit längst veralteten Methoden heute nicht mehr auskommen vermag, und wird dies auch in Zukunft durch die Tat beweisen.

Stuttgart. Am 17. März fand unsere Hauptversammlung statt, die leider verhältnismäßig schwach besucht war. Den Tätigkeitsbericht erstattete Gemminger, der auf den gedruckt vorliegenden Jahresbericht hinweisen konnte. Im Berichtsjahr sind 19 Kollegen und Kolleginnen gestorben, im 1. Quartel 1920 3 Kolleginnen, deren Andenken in üblicher Weise geehrt wurde. Der noch in Bekamgenheit schwebenden Kollegen wurde ebenfalls in ehrenden Worten gedacht und dem Würdige Ausdruck verliehen, es möchte ihnen verpönt sein, recht bald wieder in unserer Mitte tätig zu sein. Die Verbandspublizist Adolf Frisch und Heinrich Müller wurden ebenfalls in anerkennenden Worten geehrt. Der Mitgliederstand betrug am Schluß des Jahres 1918 1712 und im Schluß des Jahres 1919 2870. Leider sind uns im Berichtsjahr rund 500 Mitglieder durch Streichung oder Austritt wieder verloren gegangen. Diese der Organisation wieder zuzuführen, ist Pflicht eines jeden einzelnen. Durch die Einführung des Reichstarifs konnten für die Kollegenschaft zum Teil wesentliche Verbesserungen erzielt werden, in der Hauptfrage für die Probvingkollegen. Zugegeben muß werden, daß die Kollegenschaft der sogenannten Tariforte, wenigstens zunächst, einzelne Opfer bringen müssen. Im Berichtsjahr wurden 14 Lohnbewegungen geführt. Der Lohn stieg von 62 Mk. auf 131 Mk. bei den Gehilfen und von 39 Mk. auf 75 Mk. bei den Arbeiterinnen.

Der Kassenericht gab Kollege Dreßwald. Der Bestand der Kasse betrug am 31. Dezember 1918 28 150,68 Mk. und am 31. Dezember 1919 88 778,06 Mk.

Aus den Berichten konnte die außerordentliche Arbeitsleistung der Verwaltung ersehen werden. In der anschließenden Diskussion kam dies auch in anerkennenden Worten zum Ausdruck. Dort wurde festgestellt, daß die zum Teil gehässigen Verbädigungen der Angestellten oft in leichtfertiger Art erhoben werden.

In seinem Schlußwort verwies Gemminger darauf, daß Herr Sandberger unter seinen Arbeitern die Behauptung aufgestellt habe, der Verbandsvorstand und er, Gemminger, seien nicht für die letzten Forderungen der Arbeiterschaft gewesen, weil sie zu hoch bemessen gewesen seien. Diese Behauptung sei unaufrichtig und erwidere nicht den Tatsachen.

Die vorliegenden Anträge waren lokaler Natur und wurden einstimmig angenommen. Die Ortsverwaltung setzt sich zusammen aus den Kollegen Gemminger als Bevollmächtigter, Dreßwald als Kassierer, Fischlau als Schriftführer und den Kollegen Anders, Bihl, Weiß, Wenzig, Schmolz und Schwarzlopf als Beisitzer. Als Revisoren wurden bestimmt Claf, Lange, Sellmer, als Bibliothekare Weibel, Reffle und Hall, als Kartelldelegierte Gem-

minger, Bihl, Weiß und Biskau, als Delegierte für das Grapische Kartell Hemminger, Anders und Bengig.

Berlin (Anhalt). In unserem lieben Städtchen haben sich alle Ansehn nach die Kollegen zur Ruhe begeben, denn von einer Organisation der Geßissen weiß man nie etwas. Haben denn wirklich die Kollegen solch hohe Löhne, daß sie einer Verbesserung nicht bedürfen? Es sind am Ort 6 Geßissen, zwei gehören dem Verbande an. Was findet hier in Berlin Löhne von 75 M. pro Woche, selbst für Verheiratete; sind das nicht Hungerlöhne? Die Kollegen sehen sich geradezu genötigt, dem Achtstundentag Arbeit zu sagen und 10 Stunden zu arbeiten, um am Wochenlohn einen Lohn zu erzielen, welcher für die Ernährung der Familie katastrophisch nötig ist. Verbesserung von Bekleidung oder dergleichen muß bei diesem Lohn vollständig in dem Hintergrund gestellt werden. Hier kann nur Geschlossenheit Wandel schaffen. Darum ergreift an die Kollegenschaft der Ruf, treten dem Verbande bei, denn nur durch engen Zusammenhalt der Kollegen wird unsere Lage verbessert.

Rundschau.

Gemeinsamer Verbandstag des Sattler-, Portefeuilier- und Tapezierverbandes. Der letzte Verbandstag der Sattler und Portefeuilier hat sich für eine Verschmelzung mit dem Tapezierverband erklärt. Die Tapezierer haben sich durch Urabstimmung für die Verschmelzung entschieden. Am 31. März und folgende Tage soll nun im Volkspark zu Halle die Vermählung der beiden Verbände auch formell vollzogen werden. Der Verbandstag wird in der Hauptsache geschäftlichen Charakter haben. Statutenberatung, Einteilung der Gau- und Agitationsbezirke, Bestimmung des Sitzes des Verbandes, Wahl der Verbandsleitung, Bestimmung des Ortes des nächsten Verbandstages stehen auf der Tagesordnung. Dieser Verschmelzungsbank ist eine lange Werbung vorausgegangen. Bereits im Jahre 1892 trat der Sattlerverband an den damaligen Allgemeinen Deutschen Tapezierverein heran, um eine Fusion zu erzielen. Er wiederholte sein Anliegen 1895 in Hamburg und 1897 in Leipzig. Doch damals fehlten die Voraussetzungen, die heute erfüllt sind.

Beide Verbände sind fast gleich alt. Der Sattlerverband wurde am 24. April in Dresden gegründet. Am 1. Juli 1908 hat er sich in Köln a. Rh. mit dem Verband der Portefeuilier verschmolzen. Der Sattler- und Portefeuilierverband hatte am Schluß des Jahres 1919 25 652 Mitglieder (19 034 männliche, 6718 weibliche). Im Jahre 1919 betrug die Gesamteinnahme 676 408 M. Das Gesamtvermögen beziffert sich auf 1 064 885,89 M.

Der Tapeziererverband wurde am 1. Oktober 1897 in Leipzig gegründet. Er entstand aus den damals bestehenden Lokalvereinen und dem zentralen Allgemeinen Deutschen Tapezierverein als dessen Fortsetzung. Der Allgemeine Deutsche Tapeziererverband wurde am 28. Februar 1898 in Dresden gegründet. Am Schluß des Jahres 1919 hatte der Tapeziererverband 12 893 Mitglieder (11 594 männliche, 1299 weibliche). Die Jahreseinnahme betrug 427 131,73 M. Das Vermögen des Verbandes betrug 322 137,42 M.

Nach der Vereinigung wird der Jahresabschluß der beiden Verbände ergeben: Mitgliederzahl 38 545 (31 528 männliche, 7017 weibliche). Das Vermögen wird betragen 1 387 023,31 M.

Die Ausbreitungsmöglichkeit ist für den Tapeziererverband eine beschränkte, dagegen sind in der Sattlerei- und Lederindustrie noch viele Tausende von Arbeitern und Arbeiterinnen organisationsfähig. Die Verschmelzung soll die Möglichkeit herbeiführen, ein gutes Gau- und Bezirksleitersystem zu schaffen zur organisatorischen Erfassung, zur sozialen und kulturellen Hebung der zum Teil sehr verbesserungsbedürftigen Lage dieser Arbeiterschaften.

K. H. Die Bestürzung des Leipziger Gewerkschaftshauses. Freitag, den 19. März, wurden die ersten Opfer der Willkürherrschaft auf dem Leipziger Arbeiterhof beerdigt. In Zehntausenden erlitt die Arbeiterschaft ihre Toten. Schon während des Begräbnisses erhob sich die Kampftätigkeit. Die Zeitweiligen hatten durch Reichswehr Verstärkung erhalten und gingen im Süden der Stadt zum Sturm vor, Richtung Volkshaus. Artillerie und Minenwerfer brüllten dazwischen. Nach kurzer Zeit führte der Sturm des Volkshauses ein. Die im Volkshaus tagende Versammlung konnte sich noch knapp retten. Die wütende Soldateska drang ins Volkshaus ein, verhaftete alles, was sich noch darin befand. Unseren Kollegen Wiencke-Berlin und Bruck-Breslau ereilte daselbe Schicksal. Mit „Hände hoch“ wurden alle abgeführt. Zu gleicher Zeit züngelten auch schon die Flammen aus allen Etagen. Die verfassungstreuen Kruppen hatten ihr Werk vollendet. Viele unserer Berufsangehörigen im Reich kennen den herrlichen

Von des Leipziger Volkshauses, er liegt jetzt in Trümmern. Der größte Teil der Gewerkschaften hatten ihre Bureauräume darin. Der Sachschaden ist ungeheuer. Für mehr als 100 000 M. Lebensmittel sind vernichtet. Das Volkshaus hatte die Verpflegung für drei Lazarette, aus diesem Grunde der hohe Lebensmittelpreis. Der Verband der Steinarbeiter hatte fürstlich 800 Berufsanträge von der Reichsstelle erhalten, auch sie sind verbrannt.

Viel größer als der Sachschaden ist der ideelle Wert, der den Gewerkschaften verlorengegangen ist. Alles seit Menschenalter von den Gewerkschaften zusammengetragene Material, alle Kulturarbeit ist mit einem Schläge vernichtet worden. Ein schmerzlicher Verlust. Der Saalbau und einige Sitzungszimmer sind erhalten geblieben. Als am 20. März die Kampfhandlung abgebrochen wurde, strömte die Leipziger Arbeiterschaft zu vielen Tausenden dem Volkshaus zu. Mit Tränen in den Augen und verbissener Grimace stand so mancher alte Gewerkschaftler vor dem Trümmerrufer des einst so stolzen Hauses. Eine Kulturverheerung ersten Ranges ist vernichtet, aber wichtig zu glauben, daß die Arbeiterbewegung unzerbrochen sei, wenn ihr Geist gerettet ist.

Reichswirtschaftsamt und Verbraucher. Es nützt nichts, die Augen vor der Tatsache zu verschließen, daß Kräfte am Werke sind, die Verbrauchervertreter aus allen für die künftige Gestaltung des deutschen Wirtschaftslebens bedeutungsvollen Körperschaften fernhalten oder zu verdrängen. Die Produzenten bemühen sich, den Verbrauchern ihre durchaus unzulängliche Vertretung im provisorischen Reichswirtschaftsrat unter der fohdenstimmigen Begründung zu rauben. Ursprünglich hatte man in dem auf 160 Mitglieder berechneten Wirtschaftsrat den Verbrauchern, zu denen man auch die Gemeinden und den Kriegsausgleich für Konsumumenteninteressen zählen zu dürfen glaubt, 20 Vertreter zugefanden, von denen ganze sechs den genossenschaftlichen Organisationen entnommen werden sollten. Später erhöhte man die Gesamtzahl auf 200, wovon lediglich die Erzeuger Vorteil hatten. Man bestand aber auf Beibehaltung der Verbrauchervertretung. Die guten Gründe für diese Forderung waren der Begründung des vom Reichswirtschaftsministerium vorgelegten Entwurfs zur Errichtung des provisorischen Reichswirtschaftsrats zu entnehmen. Hier war gesagt, daß das Interesse des letzten Verbrauchers durch die als Produzenten herangezogenen Bevölkerungsstelle nicht genügend gewahrt werde, da erfahrungsgemäß beim Widerstreit der Interessen auch die Arbeiterschaft zum Produzentenstandpunkt neigt und die Gefahr besteht, daß Arbeitgeber und Arbeitnehmer sich auf Kosten der Konsumenten verständigen.

Die schwache Hoffnung, daß gegenüber dem steten Drängen der Erzeugerkreise, den Einfluß der Verbraucher auf den Wirtschaftsrat noch zu vermindern, die Gewerkschaften, deren Mitglieder doch genau so sehr Verbraucher- wie Erzeugerinteressen hegen und in ersteren heute am ehesten und schmerzesten benachteiligt werden können, es ablehnen würden, auf Kosten der mehr als bescheidenen Verbrauchervertretung den Industriellen einen stärkeren Einfluß zuzuschancen, ist nicht in Erfüllung gegangen. Ein Willkür des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat sich bereitgefunden, eine Eingabe an die Nationalversammlung mit zu unterzeichnen, in der mit dünnen Worten der Ausschuß der Verbraucher aus dem Reichswirtschaftsrat gerechtfertigt und empfohlen wird. Nach der Verfassung sei der Reichswirtschaftsrat so zu gestalten, daß alle wichtigen Berufsgruppen entsprechend ihrer wirtschaftlichen und sozialen Bedeutung vertreten sind. Daraus ergebe sich, daß für eine Vertretung der Verbraucherschaft bei strenger Durchführung dieses Grundsatzes ein Platz in dem Reichswirtschaftsrat und damit auch in dem vorbereitenden Reichswirtschaftsrat nicht vorhanden sei. Wollte man der Verbraucherschaft, ausgehend von Erwägungen anderer Art, überhaupt eine Vertretung einräumen, dann müsse sie auf ein angemessenes Maß beschränkt bleiben. Das Verhältnis von 10 Proz. das ihr nach dem Regierungsentwurf zu der Gesamtzahl der Mitglieder des vorbereitenden Reichswirtschaftsrats eingeräumt sei, scheine über das Erforderliche hinausgehen.

Also: Der Konsument existiert für die deutsche Volkswirtschaft künftig nur noch als Objekt, abhängig von der Gnade der Produzenten, unter denen aus vielerlei Gründen noch auf unabsehbare Zeit das Kapitalinteresse entscheidenden Einfluß ausübt.

Wer hilft sozialisieren? Wenn es hoch kommt, gehören heute 3 Millionen Familien in Deutschland den Konsumvereinen an. Höchstens der fünfte Teil der Arbeiterfamilien hat die Mitgliedschaft erworben. Alle anderen tragen der letzten Pflanzung des Privatkapitalismus ins Haus, füllen dessen Taschen und befähigen ihn, seine Waren aus Betrieben zu beziehen, deren Ertrag nach kapitalistischen Methoden Kapital-

isten aufzuleisten, die ihn mühelos einsacken! Seit Deutschland Republik geworden ist und eine demokratische Verfassung die persönliche Freiheit des Staatsbürgers sichert, besteht nicht der schwächste Grund mehr für das Herabhalten von der sozialistischen Bedarfsdeckung durch die genossenschaftliche Organisation. Warum setzen die Massen nicht ihren Wunsch, zu sozialisieren, wenigstens dort in die Wirklichkeit um, wo ihnen ungehindert Möglichkeit geboten ist? Warum strämen nicht die unermittelten Volksgenossen in besten Pausen in die fast überall bestehenden Konsumvereine? Warum wird so viel geredet und so wenig gehandelt?

Wer eine neue Wirtschaftsordnung schaffen will, muß sie aufbauen von unten auf. Sie läßt sich nicht beschließen, noch verordnen, sie muß organisch auf breiter Grundlage entwickelt sein. Die Genossenschaft bietet eine solche Grundlage. Man stelle sich nur auf diesen festen, sicheren Boden und beginne zu bauen, statt sich in Wägen zu erschöpfen, deren Durchführbarkeit noch in weitem Maße liegt. Man müßte getrost und unbedarfen an das Vorhandene an, erweitern und ergänzen es in rascher, zielbewusster und vorichtig berechnender Art — und man wird gar bald sehen, daß freiwillig-gemeinsames Wirken Dinge zu vollbringen vermag, die uns kein noch so starker Zwang je schaffen wird.

Abrechnung

vom Streik der Grapischen Kaufmännischen G. m. b. H. in Breslau.

Einnahmen:

Zentralkasse	187,20 M.
Lotalkasse	92,--
Summa	229,20 M.

Ausgaben:

Zentralkasse	187,20 M.
Lotalkasse	92,-- M.
10 Kolleginnen	187,20 M.
Summa	187,20 M.

Breslau, den 10. Februar 1920.
Georg Wischel.
Die Revisoren: Oskar Hausale, Volkauer Str. 46
Rudolf Nitsch, Princesstr. 55.

Abrechnung

vom Streik in der Reichzeugfabrik G. O. Richter, Chemnitz, (Eisenbranche).

Einnahme:

Aus der Zentralkasse	4 745,80 M.
Summa	4 745,80 M.

Ausgaben:

An 18 verheiratete Kollegen	2 086,-- M.
7 ledige Kollegen	984,40
12 Kolleginnen	790,65
17 Kinder	211,75
Für die Streikleitung	65,--
Summa	4 745,80 M.

Chemnitz, den 22. März 1920.
Oskar Legler, Kassierer.
Carl Schaals, Revisor.

Adressenänderungen.

- Adressen der Bevollmächtigten und der Kassierer.**
B. = Bevollmächtigter. K. = Kassierer.
- Gulba. B: Fr. Stangler, Löhrstr. 27. K: J. Döring, Simpliciusbrunnen 2.
 - Hagen i. B. B: H. Goebel, Frankfurter Str. 64. K: H. Winne, Körnerstr. 17a.
 - Herford i. B. B: G. Herdt, Bielefeld, Eggeberg 49. K: G. Wolff, Herford, Hindener Str. 141.
 - München (Mbay). B: G. Mag. Weillstr. 44. K: G. Stiglbauer, Rolanden b. Kirchheimbolsen.
 - Koblenz. B: H. Witz, Sichelwerstr. 80 II. K: G. Stangler, Burgstr. 43.
 - Reutal a. O. B: A. Hofmann, Gabelsbergerstr. 17. K: A. Grammitz, Hauptstr. 85.
 - Osnabrück. B: J. Boel, Johannisstr. 86. Oes. Regensburg. B: J. Hagen, Engelburgergasse 11 I. K: G. Stigl, Stadthof b. Regensburg, Wasserstr. 78/4.
 - Banfried i. G. B: Chr. Schröder, Marktstr. 60.

Literarisches.

Grüßien: Die Internationale. Vom Bund der Kommunisten bis zur Internationale der Weltrevolution. Zweite erweiterte Auflage. 62 Seiten. Preis 2 M. Verlagsgenossenschaft „Freiheit“, Berlin E. 2, Breitestr. 8-9.

